

Die Wirtschaft Bayerns im Jahr 2002

– Aktuelle Ergebnisse aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen –

Die wirtschaftliche Lage Bayerns war im Jahr 2002 maßgeblich von der bundes- bzw. europaweit anhaltenden konjunkturellen Schwächephase geprägt. So erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt, der maßgebliche Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung, im Freistaat gegenüber dem Vorjahr preisbereinigt nur mehr um 0,6%, nachdem auch im vorausgegangenen Jahr nur ein bescheidenes Plus von 0,9% erzielt worden war. Bundesweit verringerte sich das reale Wirtschaftswachstum von 0,6 auf nur noch 0,2%. In jeweiligen Preisen bewertet, erreichte das bayerische Bruttoinlandsprodukt 2002 einen Betrag von 368,9 Milliarden Euro, womit das Vorjahresergebnis um 2,3% übertroffen wurde. Insgesamt wurde in Deutschland eine Wirtschaftsleistung von 2 108,2 Milliarden Euro (+ 1,8%) erzielt, gut ein Sechstel davon wurde in Bayern erwirtschaftet. Die Zahl der am Produktionsprozess beteiligten Erwerbstätigen verringerte sich in Bayern geringfügig auf rund 6,28 Millionen Menschen (–0,2%). Deutschlandweit lag die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2002 bei 38,69 Millionen und damit um 0,6% unter dem Vorjahresstand. Damit erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität, welche sich im „realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ manifestiert, mit 0,9% (Bayern) bzw. 0,8% (Deutschland) jeweils etwas stärker als die absolute Wirtschaftsleistung. Das sogenannte Arbeitnehmerentgelt, das sind die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer einschließlich der Arbeitgebersozialbeiträge, stieg 2002 in Bayern in seiner Summe um 1,7%, bundesweit hingegen um 0,9%. Die durchschnittlichen Bruttolöhne je Arbeitnehmer fielen dabei um 1,9 bzw. 1,5% höher aus als im Vorjahr. Bei einem Anstieg der Verbraucherpreise von 1,6% (Bayern) bzw. 1,4% (Deutschland) erhöhten sich die Reallöhne also nur marginal. Sowohl kurz- als auch längerfristig betrachtet, blieb die Entwicklung der Reallöhne deutlich hinter dem Produktivitätsanstieg zurück. – Nur geringe Impulse für die Gesamtwirtschaft gingen im Jahr 2002 von den produzierenden Bereichen aus. Insbesondere das Verarbeitende Gewerbe verzeichnete mit 0,8% preisbereinigt nur eine geringe Steigerung der Bruttowertschöpfung. Im Baugewerbe kam es sogar zu einem recht schmerzlichen Produktionsseinbruch, so dass dort die Wirtschaftsleistung real um 6,8% hinter dem Vorjahr zurückblieb. Darüber hinaus hatten auch Handel und Gastgewerbe unter einer äußerst schwachen Umsatzentwicklung zu leiden. Die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“ steuerten – wie bereits in früheren Jahren – einen überproportionalen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei.

Zur konjunkturellen Lage in Deutschland im Jahr 2002

Dem Trend in ganz Deutschland entsprechend bestätigen die neuesten gesamtwirtschaftlichen Länderdaten, die im April vom „Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ vorgelegt wurden, auch für den Freistaat Bayern eine weitere Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung.¹⁾ Nach dem Rekordwachstum von 5,1% im Jahr 2000 hat der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Bayern 2001 preisbereinigt (real) nur noch 0,9% erreicht und sich im Jahr 2002 weiter auf 0,6% verringert. Für das Bundesgebiet insgesamt wurde nach 2,9% (2000) und 0,6% (2001) im vergangenen Jahr nur noch eine Zunahme um 0,2% errechnet. Dies war – vom Rezessionsjahr 1993 (Bayern: –2,2%; Deutschland: –1,1%) abgesehen – das schwächste Wirtschaftswachstum seit der deutschen Wiedervereinigung. In jeweiligen Preisen (nominal) erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Bayern im Jahr 2002 um 2,3% und im Bundesgebiet insgesamt um 1,8%.

Einen Tiefpunkt erreichte die Entwicklung im ersten Quartal 2002, als bundesweit ein Minus von 1,2% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zu verzeichnen war. In den Folgequartalen resultierten bescheidene Zuwächse zwischen knapp einem halben und einem ganzen Prozentpunkt. Bezogen auf das jeweils vorausgegangene (Vor-)Quartal und unter Bereinigung um kalender- und saisonbedingte Schwankungen zeigt sich der Jahresverlauf in einem etwas anderen Licht. Nachdem sich für die ersten drei Quartale 2002 danach noch eine geringe Zunahme der Wirtschaftsleistung um jeweils 0,2 bis 0,3% errechnete, stagnierte das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal 2002; das heißt, das Niveau blieb gegenüber dem dritten Quartal unverändert.

Betrachtet man die Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts, so zeigt sich, dass die Wachstumsschwä-

che vor allem auf die weitere Verringerung der Investitionstätigkeit sowie die Zurückhaltung beim privaten Konsum zurückzuführen war. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen gingen 2002 preisbereinigt noch einmal deutlich, nämlich um 9,4% (Ausrüstungen) bzw. 5,9% (Bauten), zurück. Insgesamt waren die Bruttoinvestitionen real um 27,0 Mrd. Euro niedriger als im Vorjahr. Die gesamten Konsumausgaben verringerten sich leicht um 1,3 Mrd. Euro (–0,1%), wobei sich seitens der Privaten Haushalte, einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, das Konsumklima deutlich stärker eintrübte (real – 0,6% nach + 1,5% im Vorjahr), während der Staat seine Verbrauchsausgaben mit 1,5% wieder etwas stärker steigerte als im Jahr zuvor (+ 0,8%). Ausschlaggebend dafür, dass im Jahr 2002 überhaupt ein Anstieg der Wirtschaftsleistung zustande kam, war eine nachhaltige Zunahme des realen Außenbeitrags, genau gesagt eine starke Steigerung der Exporte, verstärkt durch eine gleichzeitige Verringerung der Importe. Nach 15,0 Mrd. Euro im Jahr 1999 hatte sich der Überschuss der Ausfuhren über die Einfuhren im Jahr 2000 auf 35,0 Mrd. Euro und 2001 bereits auf 62,2 Mrd. Euro belaufen. Im Jahr 2002 wurde mit 94,0 Mrd. Euro der mit Abstand höchste Exportüberschuss seit der Wiedervereinigung erzielt. Mit einem neuen Ausfuhrrekord von real 713,8 Mrd. Euro wurde das Vorjahresergebnis nochmals um 18,4 Mrd. Euro bzw. um 2,6% übertroffen. Die Einfuhren blieben dagegen mit 619,8 Mrd. Euro spürbar hinter dem Vorjahresniveau zurück (–13,4 Mrd. Euro bzw. 2,1%). Dabei verbesserten sich die „Terms of Trade“, also die Proportion von Ausfuhrpreis- und Einfuhrpreisentwicklung, gegenüber dem Vorjahr spürbar (Exportpreise: + 0,3%, Importpreise: – 1,3%).

Zu den soeben angesprochenen Verwendungsaggregaten liegen gegenwärtig ausschließlich Angaben für Deutschland insgesamt vor. Aufgrund der Besonderhei-

ten der Datenbasis – die für eine Regionalisierung erforderlichen Ausgangsdaten stehen erst zu einem späteren Zeitpunkt zur Verfügung – kann eine Berechnung entsprechender Länderdaten erst mit einem Time-lag von etwa eineinhalb bis zwei Jahren vorgenommen werden.

Anders verhält es sich bei den zentralen Aggregaten der Entstehungsrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt und der Bruttowertschöpfung. Hier ermöglichen sogenannte Fortschreibungen, die in gewisser Weise „Ex-Post-Extrapolationen“ darstellen, die – gestützt auf ein umfassendes und differenziertes Indikatorenbündel – bereits kurze Zeit nach dem Ablauf des Berichtsjahres eine ungefähre Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch auf Ebene von Bundesländern ermöglichen. Eine erste Fortschreibung der für das Jahr 2000 fertiggestellten Basisberechnungen auf Länderebene wurde im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bereits Anfang Februar vorgenommen. Sie musste sich zu diesem frühen Zeitpunkt allerdings noch auf relativ unvollständiges Ausgangsdatenmaterial stützen. Etwa einhalb Monate später, Ende März/Anfang April, wurden diese ersten Ergebnisse im Rahmen einer zweiten Fortschreibung überarbeitet, wobei fast durchwegs vollständige Jahreswerte aus den Basisstatistiken zur Verfügung standen. Zwischen diesen Berechnungen für Bundesländer besteht volle Kompatibilität und Vergleichbarkeit, da sie in einem Arbeitskreis, dem alle Statistischen Landesämter angehören, organisiert sind. Weiterhin sind diese Daten voll kompatibel mit den Ergebnissen der sehr viel breiter angelegten Bundesrechnung, in welcher bereits zu diesem frühen Zeitpunkt Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite des Inlandsprodukts zu einem integrierten Gesamtsystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen verschmolzen sind.

Wie die Angaben zur Entstehungsseite des Inlandsprodukts für Deutschland belegen, hat 2002 von den großen Hauptbereichen der Wirtschaft ausschließlich der Dienstleistungssektor einen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum geleistet. Die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung erhöhte sich im tertiären Sektor preisbereinigt um 19,3 Mrd. Euro bzw. 1,4%. Dabei verminderte sich die Wirtschaftsleistung im Verarbeitenden Gewerbe nur geringfügig (–0,3%), während sich im Baugewerbe (–5,8%) der Schrumpfungsprozess unvermindert fortsetzte. Einen kurz gefassten Überblick vermitteln die folgenden realen Veränderungsraten der Bruttowertschöpfung im Jahr 2002 gegenüber 2001:

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	–1,3%
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	–0,2%
darunter Verarbeitendes Gewerbe	–0,3%
Baugewerbe	–5,8%
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,2%
darunter Handel und Gastgewerbe	–0,4%
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,4%
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1,7%
Öffentliche und private Dienstleister	1,2%
Insgesamt	0,7%

Unterschiedliche Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland

Wie der Freistaat, so hatten auch die allermeisten anderen Bundesländer eine weitere leichte Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu verzeichnen. In einigen Regionen Deutschlands schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt sogar etwas. Allgemein blieb die Entwicklung in Ostdeutschland erneut hinter der Westdeutschlands zurück. Etwa mit dem Jahr 1997 kam der Aufholprozess in den neuen Bundesländern offensichtlich zum Erliegen.

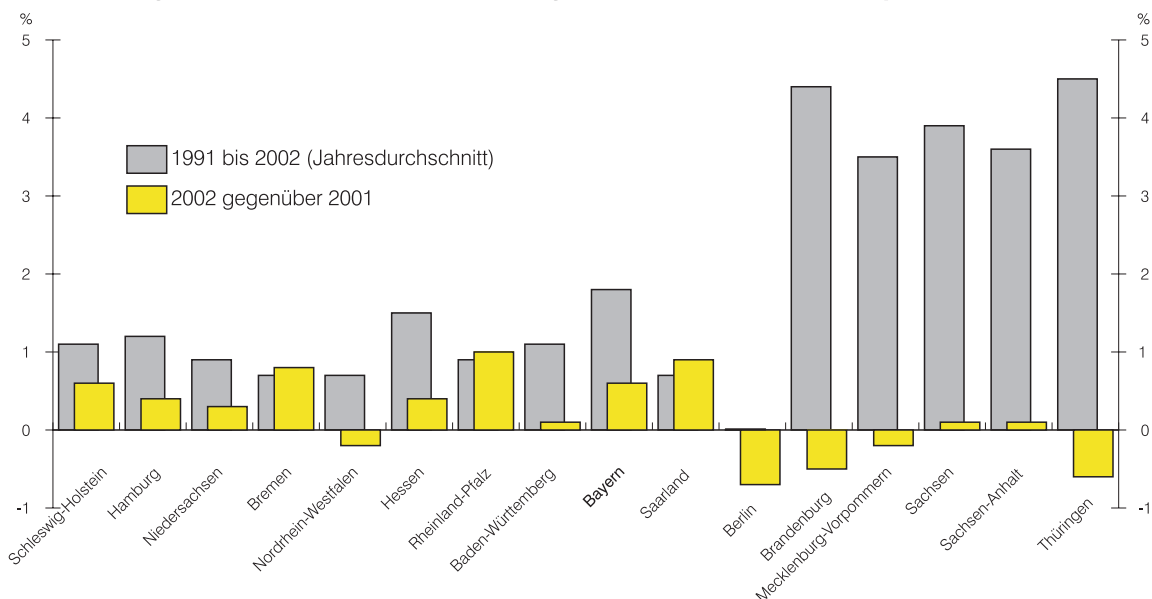
Von 1991²⁾ bis dahin hatte die ostdeutsche Wirtschaft ein Wachstum von immerhin 47,2% vorzuweisen, während das frühere Bundesgebiet – auch getroffen durch die schwere Rezession im Jahr 1993 – über diesen sechsjährigen Zeitraum hinweg nur um 4,1% zulegte (Berlin ist bei beiden Vergleichswerten unberücksichtigt). Dabei nahm die Wirtschaftsentwicklung bereits im Jahr 1997 in Ost und West einen weitgehend parallelen Verlauf. In den fünf Jahren danach (2002 ggü. 1997) war das Inlandsprodukt-Wachstum in Ostdeutschland (4,2%) nicht einmal mehr halb so hoch wie in Westdeutschland (8,7%).

Drastischer war die Kluft bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit, wo die neuen Länder bereits seit 1991 – von einer kurzen Ausnahme 1994 und 1995 abgesehen – massiv an Potential einbüßten. In elf Jahren sank die Zahl der Erwerbstätigen dort um insgesamt über eine Million Menschen bzw. 15,4%, während die alten Länder eine Zunahme um über 1,4 Millionen bzw. 4,7% aufwiesen. Seit 1997 verlor Ostdeutschland 3,3% seiner Arbeitsplätze, Westdeutschland gewann 5,7%. In Anbetracht der schrumpfenden Erwerbstätigenzahlen gewinnt auch das geringe Wirtschaftswachstum von 4,2% eine spezifische Bedeutung, was die Arbeitsproduktivitätsentwicklung anbelangt. Unter gesamtwirtschaftlicher Arbeitsproduktivität versteht man gemeinhin das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (ein besseres, jedoch mangels Daten derzeit nicht verfügbares Normierungsmaß wäre eigentlich die Erwerbstätigenstunde bzw. das Arbeitsvolumen). Die Arbeitsproduktivität entwickelte sich aufgrund des Beschäftigungsrückgangs in den neuen Ländern auch nach 1997 noch weiterhin spürbar stärker als im früheren Bundesgebiet, wenngleich natürlich bei weitem nicht mehr die exorbitanten, zum Teil zweistelligen Steigerungsraten der frühen 90er Jahre erreicht wurden. In den letzten fünf Jahren erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Ostdeutschland noch um 7,8% und damit mehr als zweieinhalb mal so schnell wie in Westdeutschland (2,9%). Betrachtet man den elfjährigen Zeitraum von 1991 bis 2002, so errechnet sich für die neuen Länder mit 81,4% sogar ein zehnfach so hoher Produktivitätsanstieg wie in den alten (8,1%). Trotz dieses raschen Wachstums erreichte das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Osten auch im Jahr 2002 erst 71,0% des West-Niveaus; 1991 waren es nur 42,3%.

Die wirtschaftliche Lage Bayerns im regionalen Vergleich

Auch mit den vergleichsweise niedrigen Wachstumsraten von 0,9 und 0,6% zählte Bayern in den beiden letzten Jahren gesamtwirtschaftlich betrachtet mit zur wachstumsstärksten Gruppe unter den sechzehn Bundesländern, wenngleich die „Spitzenreiterfunktion“ jeweils einem der anderen Länder vorbehalten blieb. Damit setzte sich trotz der gegenwärtigen Konjunkturschwäche der langfristig zu beobachtende Trend einer überdurchschnittlich günstigen ökonomischen Entwicklung im Freistaat fort. Zu dieser Schlussfolgerung führen die vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ durchgeführten Berechnungen zur Wirtschaftsentwicklung in den sechzehn deutschen Bundesländern, die neben vorläufigen Zahlen zur aktuellen Lage unter Einbeziehung neuerer Informationen auch eine Präzisierung der Wachstumsraten für die vorausgegangenen fünf Jahre umfassten. Demnach erzielte die bayerische

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in den 16 deutschen Bundesländern - dargestellt anhand der Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in % -



CD 33403/Sg 25

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Schaubild 1

Wirtschaft in den beiden Jahren 1998 und 2000 im Ländervergleich sogar einen besonders deutlichen Wachstumsvorsprung. Lediglich 1995 blieb Bayern etwas hinter dem Durchschnitt der alten Länder zurück. Ansonsten wurden jedoch in allen Jahren seit der Wiedervereinigung überdurchschnittliche Entwicklungsraten erzielt, wie die folgende Aufstellung zeigt (alte und neue Bundesländer jeweils ohne Berlin).

Gebiet	Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in % ggü. dem jeweiligen Vorjahr											
	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	
Bayern	+2,9	-2,2	+2,0	+1,1	+1,2	+1,7	+3,6	+2,6	+5,1	+0,9	+0,6	
Deutschland ..	+2,2	-1,1	+2,3	+1,7	+50,8	+1,4	+2,0	+2,0	+2,9	+0,6	+0,2	
Alte Bundesländer	+1,7	-2,6	+1,4	+1,4	+0,6	+1,5	+2,3	+2,1	+3,1	+0,7	+0,3	
Neue Bundesländer	+7,7	+11,9	+11,4	+4,5	+3,2	+1,6	+0,4	+2,4	+1,5	+0,0	-0,2	

Unbeschadet der Aussagekraft zeitnaher aktueller Daten für die Konjunkturbeobachtung ermöglicht ein Vergleich der Länder über einen längeren Zeitraum hinweg besonders fundierte Erkenntnisse über grundlegende Trends und Entwicklungsunterschiede, weil er einerseits vorübergehende bzw. kurzfristige „Sonderentwicklungen“ in den Regionen glättet und nivelliert und weil er andererseits auch weniger empfindlich auf statistische Unsicherheiten reagiert, denen die Daten gerade am „aktuellen Rand“ der Zeitreihen oftmals unterworfen sind.

Im Zeitraum 1991 bis 2002 erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in Bayern preisbereinigt mit 21,0% deutlich stärker als in jedem anderen der alten Bundesländer. Im Durchschnitt wuchs die Wirtschaft in den alten Bundesländern (Berlin ist hierbei wieder nicht berücksichtigt) um 13,2%. Auch dieser Durchschnittswert ist wiederum von Bayern nachhaltig positiv geprägt, denn klammerte man

Bayern aus, wären es nur 11,3% gewesen – und damit nicht viel mehr als die Hälfte des bayerischen Werts.

Hinter Bayern befinden sich im längerfristigen Elf-Jahres-Vergleich Hessen mit 17,9% und Hamburg mit 14,3%. Baden-Württemberg mit 12,8% an vierter und Schleswig-Holstein (12,3%) an fünfter Position bleiben bereits leicht hinter dem Durchschnitt der alten Länder zurück.³⁾ Deutlicher in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind die Länder Berlin (West und Ost zusammen 0,4%), Saarland (7,4%), Bremen (7,7%) und Nordrhein-Westfalen (8,1%). Niedersachsen (10,5%) und Rheinland-Pfalz (10,2%), verzeichneten – gemessen am früheren Bundesgebiet – ebenfalls eine leicht unterdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung. Unter den neuen Ländern verlief die ökonomische Entwicklung in Thüringen (62,5%) und Brandenburg (60,3%) am dynamischsten, in Sachsen (51,6%), Sachsen-Anhalt (47,3%) und in Mecklenburg-Vorpommern (46,3%) blieb das Wachstum etwas hinter dem ostdeutschen Durchschnitt (53,4%) zurück.

Auf dem Arbeitsmarkt verlief die Entwicklung im Jahr 2002 allgemein wenig erfreulich. In Bayern verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen zwar nur geringfügig um rund 15000 bzw. 0,2%, bundesweit erreichte der Rückgang jedoch immerhin 229000 Personen (-0,6%), wobei er in den alten Ländern mit rund 112000 Personen (-0,4%) prozentual weniger stark ausfiel als in den neuen Ländern (-93000 bzw. -1,6%) und in Berlin (-23000 bzw. -1,5%). Längerfristig betrachtet, verlief die Beschäftigungsentwicklung in den zehn westdeutschen Bundesländern weitgehend parallel. Lediglich

Tabelle 1. Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2002 nach Bundesländern

Land — Gebiet	Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen								
	Mrd. Euro		Anteil an Deutschland	Veränderung		je Erwerbstätigen		je Einwohner	
				ggü. 2001	ggü. 1991	Euro	Deutschland ± 100	Euro	Deutschland ± 100
	1991	2002							
In jeweiligen Preisen (nominal)									
Baden-Württemberg	227,1	307,4	14,6	1,9	35,4	57 368	105	28 920	113
Bayern	255,6	368,9	17,5	2,3	44,3	58 743	108	29 858	117
Berlin	61,4	77,1	3,7	1,2	25,6	50 313	92	22 756	89
Brandenburg	19,1	44,1	2,1	1,2	131,1	43 115	79	17 054	67
Bremen	17,9	23,0	1,1	2,3	28,5	58 947	108	34 753	136
Hamburg	54,9	75,2	3,6	2,2	36,9	71 894	132	43 556	170
Hessen	139,4	191,6	9,1	1,9	37,4	63 674	117	31 496	123
Mecklenburg-Vorpommern . .	14,0	29,6	1,4	1,5	111,6	40 910	75	16 891	66
Niedersachsen	137,9	183,1	8,7	1,5	32,8	52 534	96	22 977	90
Nordrhein-Westfalen	362,0	464,0	22,0	1,3	28,2	55 604	102	25 690	101
Rheinland-Pfalz	71,6	93,3	4,4	2,5	30,4	52 959	97	23 038	90
Saarland	20,4	25,4	1,2	2,6	24,8	50 306	92	23 878	93
Sachsen	34,8	75,8	3,6	2,1	117,5	39 370	72	17 358	68
Sachsen-Anhalt	19,9	43,3	2,1	1,8	117,2	42 423	78	16 886	66
Schleswig-Holstein	49,5	65,6	3,1	1,8	32,7	53 197	98	23 362	91
Thüringen	16,7	40,7	1,9	1,3	143,5	38 841	71	16 929	66
Deutschland	1 502,2	2 108,2	100,0	1,8	40,3	54 492	100	25 562	100
dar. alte Bundesländer ¹⁾ . . .	1 336,3	1 797,6	85,3	1,8	34,5	57 220	105	27 481	108
neue Bundesländer ¹⁾ . . .	104,6	233,5	11,1	1,7	123,3	40 678	75	17 077	67
In Preisen von 1995 (real)									
Baden-Württemberg	254,8	287,4	14,5	0,1	12,8	53 621	105	27 031	112
Bayern	287,3	347,8	17,5	0,6	21,0	55 383	108	28 150	117
Berlin	72,3	72,6	3,7	−0,7	0,4	47 328	92	21 406	89
Brandenburg	26,1	41,8	2,1	−0,5	60,3	40 875	80	16 169	67
Bremen	20,0	21,6	1,1	0,8	7,7	55 337	108	32 625	136
Hamburg	61,4	70,2	3,5	0,4	14,3	67 175	131	40 697	169
Hessen	156,1	184,1	9,3	0,4	17,9	61 169	119	30 257	126
Mecklenburg-Vorpommern . .	19,1	27,9	1,4	−0,2	46,3	38 552	75	15 918	66
Niedersachsen	154,7	171,0	8,6	0,3	10,5	49 044	96	21 450	89
Nordrhein-Westfalen	403,0	435,7	22,0	−0,2	8,1	52 212	102	24 123	100
Rheinland-Pfalz	80,0	88,1	4,4	1,0	10,2	50 001	97	21 751	90
Saarland	22,6	24,3	1,2	0,9	7,4	48 067	94	22 816	95
Sachsen	47,1	71,4	3,6	0,1	51,6	37 104	72	16 359	68
Sachsen-Anhalt	27,5	40,5	2,0	0,1	47,3	39 619	77	15 769	66
Schleswig-Holstein	55,3	62,1	3,1	0,6	12,3	50 350	98	22 112	92
Thüringen	23,4	38,0	1,9	−0,6	62,5	36 249	71	15 799	66
Deutschland	1 710,8	1 984,3	100,0	0,2	16,0	51 290	100	24 059	100
dar. alte Bundesländer ¹⁾ . . .	1 495,4	1 692,2	85,3	0,3	13,2	53 866	105	25 870	108
neue Bundesländer ¹⁾ . . .	143,1	219,6	11,1	−0,2	53,4	38 250	75	16 057	67

¹⁾ Ohne Berlin.

Bremen (-3,9%), Hamburg (+2,1%) und Schleswig-Holstein (+2,4%) blieben etwas gegenüber den anderen Ländern zurück, deren Erwerbstätigenzahlen seit 1991 durchwegs zwischen 4 und 6% zunahmen. Damit kristallisiert sich heraus, dass die Unterschiede im Wirtschaftswachstum in hohem Maße mit unterschiedlichen Fortschritten bei der Arbeitsproduktivität einher gingen. Dies verdeutlicht auch die folgende Übersicht:

	Brutto- inlandspro- dukt (BIP)	Arbeits- produktivität BIP je ET	Erwerbs- tätige (ET)
Bayern	21,0	15,2	5,1
Baden-Württemberg	12,8	6,9	5,5
Bremen	7,7	12,1	-3,9
Hamburg	14,3	12,0	2,1
Hessen	17,9	13,3	4,1
Niedersachsen	10,5	4,4	5,8
Nordrhein-Westfalen	8,1	3,3	4,7
Rheinland-Pfalz	10,2	4,8	5,2
Saarland	7,4	2,2	5,1
Schleswig-Holstein	12,3	9,7	2,4
Alte Länder (ohne Berlin)	13,2	8,1	4,7

Diese Zahlen geben allerdings die wirklichen Produktivitätsfortschritte nur unzureichend wieder, denn sie täu-

schen darüber hinweg, dass sich die Beschäftigungslage bundesweit ausschließlich aufgrund der stark gestiegenen Anzahl geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse etwas besser darstellt als z.B. noch vor elf Jahren. Ohne die geringfügig Beschäftigten läge die Zahl der Erwerbstätigen wohl deutlich unter dem Stand von 1991. Das bedeutet gleichzeitig, dass unter Bezug auf volle Arbeitsplätze auch der Produktivitätsanstieg um mehrere Prozentpunkte höher zu veranschlagen wäre.⁴⁾

Der rudimentäre Produktivitätsindikator „reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ erreichte im vergangenen Jahr in Bayern ein Niveau von 55 383 Euro. Im Vergleich mit dem gesamtdeutschen Durchschnittswert von 51 290 Euro wurde damit ein um 8,0%, gegenüber dem Durchschnitt der alten Länder (53 866 Euro) ein um 2,8% höheres Niveau erreicht. 1991 war Bayern bezüglich der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität noch relativ deutlich, nämlich um 3,5%, hinter dem Durchschnitt der alten Länder zurückgelegen. Nach Hamburg und Hessen hat der Freistaat inzwischen das dritthöchste Niveau unter den 16 Bundesländern erreicht.

Tabelle 2. Arbeitnehmerentgelt sowie Bruttolöhne und -gehälter im Jahr 2002 nach Bundesländern

Land —— Gebiet	Arbeitnehmerentgelt					Bruttolöhne und -gehälter				
	Mrd. Euro	Anteil an Deutschland	Veränderung		je Arbeitnehmer					
			ggü. 2001	ggü. 1991	Euro	Deutschland ≙ 100	Veränderung in %			
		%	ggü. 2001	ggü. 1991						
	1991	2002								
Baden-Württemberg	126,2	168,3	14,9	1,2	33,4	35 156	28356	108	1,3	25,6
Bayern	134,9	187,7	16,6	1,7	39,1	34 331	27 708	105	1,9	30,2
Berlin	35,8	44,4	3,9	−0,2	24,1	32 675	26312	100	1,4	38,0
Brandenburg	15,2	24,7	2,2	−0,6	62,0	26947	21 640	82	1,6	91,1
Bremen	10,6	12,5	1,1	0,4	17,5	34 292	27 725	105	0,8	22,6
Hamburg	27,5	34,3	3,0	0,5	24,5	36 340	29 319	111	1,1	23,4
Hessen	72,8	94,5	8,4	0,7	29,8	35 241	28 427	108	1,1	24,9
Mecklenburg-Vorpommern ..	10,7	17,2	1,5	−0,3	60,1	25883	20863	79	1,4	86,5
Niedersachsen	76,1	100,0	8,8	1,3	31,4	32 067	25853	98	1,3	22,5
Nordrhein-Westfalen	200,1	254,2	22,5	0,8	27,0	33 591	27 100	103	1,4	20,9
Rheinland-Pfalz	37,9	50,1	4,3	1,0	32,2	32 113	25886	98	1,0	23,4
Saarland	11,4	14,8	1,3	−0,9	30,6	32 020	25 784	98	0,4	22,8
Sachsen	27,9	45,5	4,0	0,4	62,9	26 154	21 088	80	1,5	90,2
Sachsen-Anhalt	15,9	24,5	2,2	0,2	53,8	26 204	21 106	80	2,0	91,0
Schleswig-Holstein	26,1	33,5	3,0	0,6	28,3	30 841	24 886	94	1,4	24,8
Thüringen	14,9	24,5	2,2	−0,2	64,6	26 003	20 980	80	2,0	95,4
Deutschland	844,0	1 130,5	100,0	0,9	33,9	32 684	26 360	100	1,5	33,0
dar. alte Bundesländer ¹⁾	723,6	949,8	84,0	1,0	31,3	33 878	27 329	104	1,4	24,4
neue Bundesländer ¹⁾	84,7	136,3	12,1	0,0	61,0	26 241	21 140	80	1,7	91,0

¹⁾ Ohne Berlin.

Bezogen auf die Einwohnerzahl stellt sich die Situation Bayerns noch etwas günstiger dar als im Hinblick auf den soeben angesprochenen Produktivitätsaspekt, da die Arbeitsplatzdichte – das heißt, die Zahl der Erwerbstätigen mit Arbeitsplatz in Bayern (also einschließlich der Einpendler, aber ohne die Auspendler) in Relation zur Wohnbevölkerung des Freistaats – deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Je Einwohner übertraf die Wirtschaftsleistung Bayerns mit 28 150 Euro in Preisen von 1995 den Bundesdurchschnitt um 17,0% und den Durchschnitt der alten Bundesländer um 8,8%.

Arbeitnehmereinkommen

Seit einigen Jahren stellen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder neben den Daten zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ebenso auch aktuelle Angaben zu den sogenannten Arbeitnehmerentgelten zur Verfügung. Diese umfassen definitionsgemäß die aggregierten Lohnkosten, also die Bruttolöhne und -gehälter aller Arbeitnehmer in einer bestimmten Region, sowie zusätzlich auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Der Begriff Arbeitnehmerentgelt, der im Zuge der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG '95) eingeführt wurde, deckt sich inhaltlich mit der früheren Bezeichnung „Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit“.

Die Entgelte der Arbeitnehmer verkörpern auch dem Volumen nach eines der bedeutendsten Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Sie erreichten in Bayern im Jahr 2002 einen Gesamtbetrag von 187,7 Mrd. Euro, in Deutschland waren es 1 130,5 Mrd. Euro. Im Vergleich zu 1991 erhöhte sich das gesamte Arbeitnehmerentgelt (aller Arbeitnehmer zusammen) um 39,1% (Bayern) bzw. 33,9% (Deutschland). Die Arbeitnehmerentgelte machten demnach im Freistaat etwa die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts aus (50,9%). Bundes-

weit lag dieser Anteil mit 53,6% noch etwas höher, wobei sich ein deutliches Ost-West-Gefälle (alte Länder: 52,8%, neue Länder: 58,4%, jeweils ohne Berlin) zeigt. Im Jahr 1991 machte das Arbeitnehmerentgelt in Bayern noch 52,8% des Bruttoinlandsprodukts aus, in Deutschland waren es damals noch 56,2%. Speziell in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre blieb dabei der Anstieg der Arbeitnehmerentgelte sowohl in Bayern, als auch im Bundestrend, spürbar hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück.

Das sogenannte Pro-Kopf-Einkommen, also das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer stieg in Bayern im Jahr 2002 auf 34 331 Euro; 1991 lag es noch bei 26 040 Euro. Seit 1991 betrug der Anstieg 31,8%. Gegenüber dem Jahr 2001 erhöhten sich die Durchschnittseinkommen dagegen – bei leichtem Rückgang der Arbeitnehmerzahlen (-0,3%) – um 2,0%.

Aus Arbeitnehmersicht erscheint die Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter von besonderem Interesse, da hier die Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung nicht enthalten sind. Die Bruttolöhne und -gehälter erhöhten sich in Bayern im Zeitraum 1991 bis 2002 insgesamt um 37,4%, also deutlich stärker als in Deutschland insgesamt, wo sie um 31,9% stiegen (alte Länder +29,7%, neue Länder +54,1%). Je Arbeitnehmer waren dies seit 1991 im Freistaat 30,2% (1,9% gegenüber 2001), bundesweit 33,0% und im Durchschnitt der alten Bundesländer 24,4%.

Sieht man diese Entwicklung vor dem Hintergrund einer in der volkswirtschaftlichen Diskussion und bei tarifpolitischen Auseinandersetzungen häufig als Orientierungsrahmen genannten „produktivitätsorientierten Lohnanpassung“, so zeigt sich, dass die durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer seit 1991 die seither eingetretenen Steigerungen der Verbraucherpreise von rund 25%⁵⁾ zwar ausgeglichen haben, für Reallohnsteigerungen im Verlauf der letzten elf Jahre, falls überhaupt, dann nur wenig Substanz blieb. In jedem Fall

Entwicklung der Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche in Bayern seit 1991 (in Preisen von 1995)

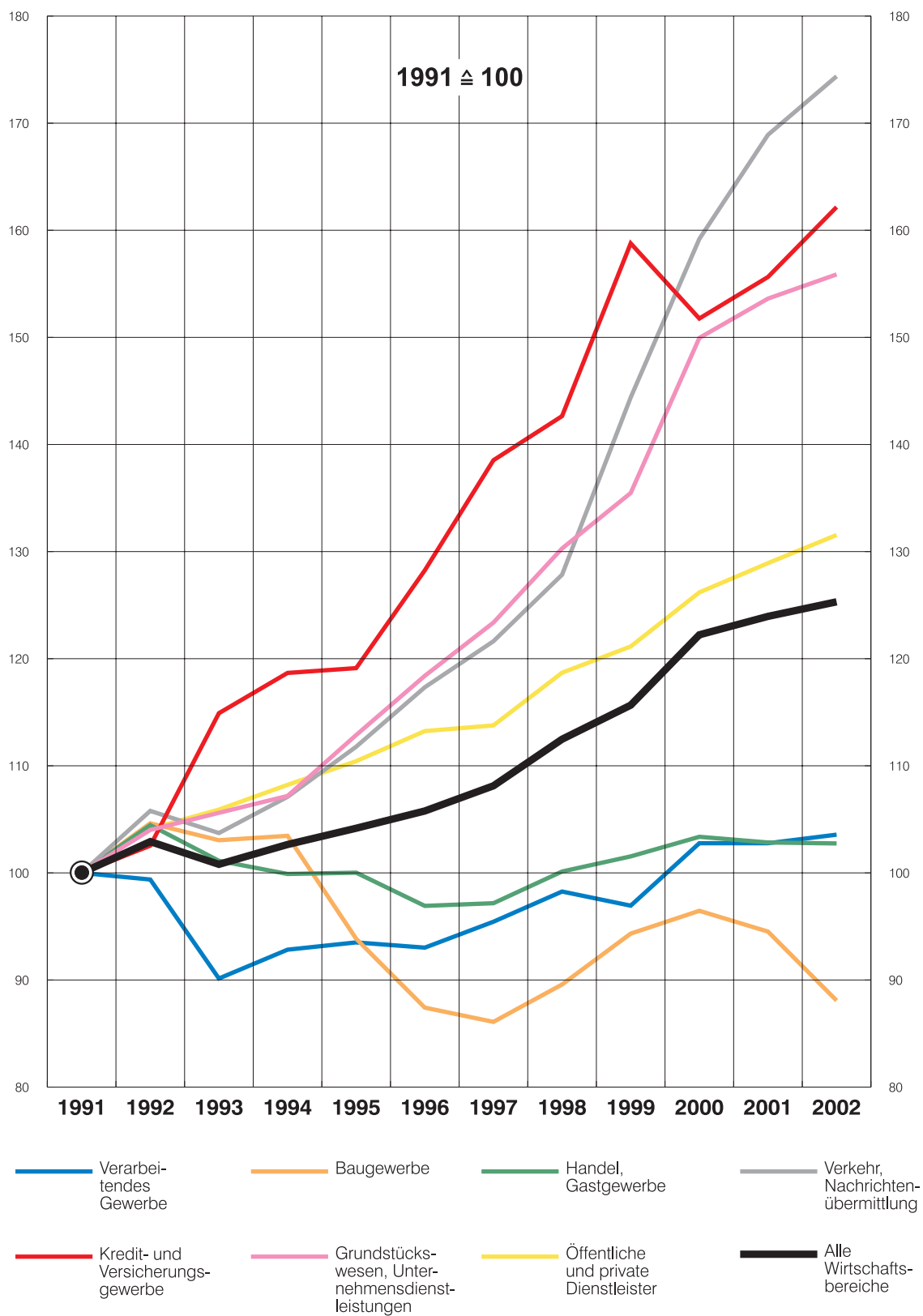


Tabelle 3. Bruttowertschöpfung in Bayern

Jahr	Bruttowertschöpfung								
	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	Produzierendes Gewerbe					Handel, Gastgewerbe und Verkehr		
		zusammen	Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung	Baugewerbe	zusammen	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern, Gastgewerbe	Verkehr, Nachrichtenübermittlung
In jeweiligen Preisen (nominal)									
Millionen Euro									
1991	3893	74 653	529	69 711	4 413	14 740	42 704	29 843	12 861
1995	3966	75 375	595	69 721	5 059	16 518	49 586	34 696	14 890
2000	3980	84 476	635	79 338	4 503	16 134	57 362	41 306	16 056
2001	4 136	86 150	732	80 711	4 707	16 129	58 720	42 008	16 713
2002	4 031	88 063	631	82 592	4 840	15 151	59 846	42 544	17 301
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1995	-1,6	2,1	-10,5	2,0	5,5	-6,7	4,3	4,0	4,8
1996	4,1	3,3	-4,5	2,7	12,0	-7,2	-2,2	-2,4	-1,7
1997	-3,7	1,6	10,7	1,8	-1,2	-3,9	3,4	2,5	5,4
1998	4,6	4,1	-1,9	4,6	-1,3	3,6	4,3	4,6	3,8
1999	-10,2	-0,4	-5,3	0,3	-8,8	4,8	3,2	4,8	-0,6
2000	6,5	2,9	8,8	3,8	-10,7	0,9	6,4	8,6	1,0
2001	3,9	2,0	15,3	1,7	4,5	0,0	2,4	1,7	4,1
2002	-2,5	2,2	-13,9	2,3	2,8	-6,1	1,9	1,3	3,5
1991 ≙ 100									
1995	102	101	112	100	115	112	116	116	116
2000	102	113	120	114	102	109	134	138	125
2002	104	118	119	118	110	103	140	143	135
Anteil an Deutschland in %									
1991	19,8	17,3	4,8	18,0	13,7	17,5	17,0	17,7	15,6
1995	18,4	17,6	6,0	18,2	14,0	14,5	16,6	17,1	15,3
2000	18,0	18,4	12,4	18,9	13,1	16,7	16,4	17,3	14,5
2002	18,4	18,5	11,7	19,1	13,1	17,4	16,4	17,3	14,5
Anteil an allen Wirtschaftsbereichen (unbereinigt) in %									
1991	1,6	31,0	0,2	29,0	1,8	6,1	17,7	12,4	5,3
1995	1,4	27,0	0,2	24,9	1,8	5,9	17,7	12,4	5,3
2000	1,2	25,7	0,2	24,2	1,4	4,9	17,5	12,6	4,9
2002	1,2	25,6	0,2	24,0	1,4	4,4	17,4	12,4	5,0
In Preisen von 1995 (real)									
Millionen Euro									
1991	3 788	79 729	540	74 557	4 631	17 600	48 012	34 690	13 321
1995	3 966	75 375	595	69 721	5 059	16 518	49 586	34 696	14 890
2000	4 369	82 416	619	76 625	5 173	16 976	57 066	35 860	21 205
2001	4 316	82 377	597	76 620	5 160	16 636	58 176	35 675	22 501
2002	4 381	83 006	550	77 218	5 238	15 502	58 875	35 646	23 229
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
1995	-0,1	0,9	-9,3	0,7	5,0	-9,3	1,4	0,1	4,4
1996	6,2	-0,2	-9,9	-0,5	5,8	-6,9	-0,7	-3,1	5,0
1997	-5,4	2,4	8,6	2,6	-1,3	-1,5	1,3	0,3	3,7
1998	8,2	2,5	0,8	3,0	-3,1	4,0	3,7	3,0	5,1
1999	-2,6	-1,3	1,4	-1,3	-0,8	5,3	5,2	1,4	12,9
2000	4,0	5,7	4,0	6,0	1,9	2,3	4,8	1,8	10,2
2001	-1,2	0,0	-3,5	0,0	-0,2	-2,0	1,9	-0,5	6,1
2002	1,5	0,8	-7,8	0,8	1,5	-6,8	1,2	-0,1	3,2
1991 ≙ 100									
1995	105	95	110	94	109	94	103	100	112
2000	115	103	114	103	112	96	119	103	159
2002	116	104	102	104	113	88	123	103	174
Anteil an Deutschland in %									
1991	18,9	17,5	5,0	18,2	13,3	17,0	17,0	17,7	15,5
1995	18,4	17,6	6,0	18,2	14,0	14,5	16,6	17,1	15,3
2000	18,0	18,5	11,4	19,1	13,1	16,5	16,2	17,2	14,7
2002	18,1	18,6	11,0	19,2	13,1	17,2	16,1	17,2	14,7
Anteil an allen Wirtschaftsbereichen (unbereinigt) in %									
1991	1,4	29,7	0,2	27,8	1,7	6,6	17,9	12,9	5,0
1995	1,4	27,0	0,2	24,9	1,8	5,9	17,7	12,4	5,3
2000	1,3	25,1	0,2	23,4	1,6	5,2	17,4	10,9	6,5
2002	1,3	24,7	0,2	23,0	1,6	4,6	17,5	10,6	6,9

1) Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Häusliche Dienste, sonstige Dienstleister.

Bruttowertschöpfung							Jahr
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			Öffentliche und private Dienstleister			insgesamt (unbereinigt)	
zusammen	Kredit- und Versicherungs- gewerbe	Grundstücks- wesen, Vermietungen Unternehmens- dienstleistungen	zusammen	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung	Sonstige öffentliche und private Dienstleister ¹⁾		
In jeweiligen Preisen (nominal)							
Millionen Euro							
60376	10837	49539	44287	13907	30381	240654	1991
79186	14129	65057	55007	16058	38948	279638	1995
101316	13409	87907	64932	16813	48119	328199	2000
103832	12763	91069	67069	16932	50137	336036	2001
106923	13399	93525	69596	17161	52435	343610	2002
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
5,2	-2,6	7,0	4,6	2,5	5,5	3,2	1995
6,1	3,3	6,7	3,3	1,6	4,0	2,5	1996
4,9	6,2	4,6	1,5	0,5	1,8	2,5	1997
4,1	-3,3	5,7	5,6	0,7	7,6	4,4	1998
4,6	2,7	5,0	3,1	0,6	4,0	2,5	1999
5,5	-12,9	9,0	3,5	1,2	4,3	4,3	2000
2,5	-4,8	3,6	3,3	0,7	4,2	2,4	2001
3,0	5,0	2,7	3,8	1,4	4,6	2,3	2002
1991 \triangleq 100							
131	130	131	124	115	128	116	1995
168	124	177	147	121	158	136	2000
177	124	189	157	123	173	143	2002
Anteil an Deutschland in %							
17,6	15,4	18,2	15,5	14,9	15,7	17,0	1991
17,1	16,6	17,3	15,1	14,4	15,4	16,5	1995
18,1	15,6	18,5	16,1	14,4	16,8	17,4	2000
18,1	15,5	18,6	16,4	14,6	17,1	17,5	2002
Anteil an allen Wirtschaftsbereichen (unbereinigt) in %							
25,1	4,5	20,6	18,4	5,8	12,6	100	1991
28,3	5,1	23,3	19,7	5,7	13,9	100	1995
30,9	4,1	26,8	19,8	5,1	14,7	100	2000
31,1	3,9	27,2	20,3	5,0	15,3	100	2002
In Preisen von 1995 (real)							
Millionen Euro							
69499	11862	57637	49811	15400	34411	268438	1991
79186	14129	65057	55007	16058	38948	279638	1995
104428	18001	86427	62858	15998	46860	328115	2000
107001	18461	88540	64214	15996	48219	332720	2001
109081	19237	89845	65528	16043	49485	336374	2002
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
4,4	0,4	5,3	2,0	-0,2	3,0	1,5	1995
5,4	7,7	4,9	2,5	0,8	3,3	1,5	1996
4,9	8,0	4,2	0,5	-0,5	0,9	2,2	1997
5,1	3,0	5,6	4,3	0,2	6,0	4,0	1998
5,3	11,3	4,0	2,1	-1,3	3,3	2,8	1999
7,8	-4,4	10,7	4,2	0,5	5,5	5,7	2000
2,5	2,6	2,4	2,2	0,0	2,9	1,4	2001
1,9	4,2	1,5	2,0	0,3	2,6	1,1	2002
1991 \triangleq 100							
114	119	113	110	104	113	104	1995
150	152	150	126	104	136	122	2000
157	162	156	132	104	144	125	2002
Anteil an Deutschland in %							
17,2	15,4	17,7	15,0	14,2	15,3	16,8	1991
17,1	16,6	17,3	15,1	14,4	15,4	16,5	1995
18,2	16,2	18,7	16,2	14,5	16,9	17,4	2000
18,3	16,3	18,8	16,5	14,8	17,2	17,5	2002
Anteil an allen Wirtschaftsbereichen (unbereinigt) in %							
25,9	4,4	21,5	18,6	5,7	12,8	100	1991
28,3	5,1	23,3	19,7	5,7	13,9	100	1995
31,8	5,5	26,3	19,2	4,9	14,3	100	2000
32,4	5,7	26,7	19,5	4,8	14,7	100	2002

blieb die Entwicklung der durchschnittlichen Reallöhne deutlich hinter dem Produktivitätszuwachs zurück, denn dieser erreichte trotz der Zunahme geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse – die sich natürlich auch auf die Entwicklung der Durchschnittslöhne auswirken – in Bayern 15,2%, bundesweit 15,3% und im Durchschnitt der alten Länder 8,1%.

	Reallöhne	Arbeitsproduktivität (BIP je ET)
Bayern	4,9	15,2
Deutschland	6,8	15,3
Alte Länder (ohne Berlin) ...	-0,1	8,1

Aufgrund der vorherrschenden strukturellen Verschiebungen auf dem Arbeitsmarkt werden – wie schon erwähnt – sowohl die Produktivitäten, als auch die Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer in ihrer Entwicklung jedoch nachhaltig unterzeichnet. Vor diesem Hintergrund erweist sich eine genauere Quantifizierung der Zusammenhänge als etwas problematisch. Da jedoch beide Größen in etwa gleichermaßen betroffen sind, dürften sich die Differenzen in der Entwicklung der Pro-Kopf-Reallöhne und der Produktivitäten auch bei anderer Betrachtungsweise nur wenig verändern.

Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche

Wie bereits in den vorausgegangenen Jahren erhöhte sich die Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in ihrer Summe (unbereinigt) etwas stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Bekanntlich unterscheiden sich die beiden gesamtwirtschaftlichen Aggregate um den Saldo aus Gütersteuern und -subventionen sowie um die sogenannte „unterstellte Bankgebühr“ (im volkswirtschaftlichen Kreislaufzusammenhang wird unterstellt, dass die Wertschöpfung der Kreditinstitute im wesentlichen gleichzeitig eine Vorleistung für die übrigen Wirtschaftsbereiche darstellt, dort also quasi als Abzugsposten gegengebucht wird). Während der Überhang der Gütersteuern über die Gütersubventionen in den letzten Jahren beständig zurückging, nahm die unterstellte Bankgebühr konform zur Bruttowertschöpfung der Banken kräftig zu. Beides zusammen führte letztlich zu einem um etwa einen halben Prozentpunkt schwächeren Anstieg des Inlandsprodukts gegenüber der Wertschöpfung, wie aus folgender Übersicht der realen Veränderungsraten für Bayern deutlich wird.

	1999	2000	2001	2002
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche (unbereinigte Summe)	2,8	5,7	1,4	1,1
- Unterstellte Bankgebühr	9,5	9,7	5,5	4,7
+ Gütersteuern abzgl. Gütersubventionen	3,8	1,9	-2,3	-2,2
= Bruttoinlandsprodukt	2,6	5,1	0,9	0,6

Gemessen an der Gesamtwirtschaft (+1,1%) gingen im vergangenen Jahr vom **Verarbeitenden Gewerbe** mit einem realen Wertschöpfungswachstum von 0,8% nur geringe Wachstumsimpulse aus. Bundesweit errechnete sich mit -0,3% sogar ein leicht rückläufiges Resultat, wobei sich für die alten Länder im Durchschnitt sogar ein Minus von 0,7% errechnete, während in den neuen Bundesländern mit +4,4% weiterhin ein relativ hoher Zuwachs erreicht werden konnte.

Auch im **Baugewerbe** war 2002 die Entwicklung sehr unterschiedlich. Der Schrumpfungsprozess setzte sich in den ostdeutschen Bundesländern mit einem realen Rückgang von 9,8% gegenüber dem Vorjahr sogar noch etwas beschleunigt fort. Seit dem im Jahr 1995 erzielten

Rekordergebnis hat sich das jährliche Produktionsergebnis der Bauwirtschaft in den neuen Ländern preisbereinigt um 45,1% verringert. Auch in den alten Ländern hatte bereits seit den frühen 90er Jahren ein rückläufiger Trend eingesetzt, der gegen Ende der 90er Jahre jedoch unterbrochen wurde, so dass sich die gesamte Leistungsminderung seit dem im Jahre 1992 erreichten Höchststand auf 16,3% beschränkte. Auch 2002 blieb der Rückgang von 4,6% gegenüber dem Vorjahr nicht ganz so drastisch wie in Ostdeutschland. In Bayern lag das Ergebnis allerdings um 6,8% niedriger als im Vorjahr und um 15,8% unter dem Rekordjahr 1992.

Ähnlich wie im Vorjahr stellte sich auch der Bereich **Handel und Gastgewerbe**, der – nach drei relativ guten Jahresergebnissen in Folge – seit 2001 wieder leichte Einbußen zu verzeichnen hatte. In Bayern ging die reale Bruttowertschöpfung um 0,1%, im Bundesgebiet insgesamt um 0,4% zurück, was in beiden Fällen vor allem auf das schwache Gastgewerbe zurückzuführen war. Dem gegenüber konnte das **Verkehrs- und Nachrichtenwesen** in Bayern im neunten Jahr in Folge (mit z.T. kräftigen Zuwächsen) erneut um 3,2% expandieren. Seit dem Rezessionsjahr 1993 betrug der Leistungsanstieg hier immerhin 68,1%. Ein besonders starkes Wachstum verzeichnete auch das Kreditgewerbe, welches hier zusammengefasst mit dem Versicherungsgewerbe nachgewiesen wird. Zusammen konnten **Kredit- und Versicherungsgewerbe** – weitgehend unbeschadet der 93er Rezession, jedoch hart getroffen durch das Krisenjahr 2000 in der Versicherungsbranche – ihre Wertschöpfung innerhalb der letzten elf Jahre um 62,2% steigern. Auch im Vorjahresvergleich wurde hier 2002 mit 4,2% wieder der mit Abstand höchste Zuwachs unter allen Hauptbereichen der Wirtschaft erzielt.

Gewohnthermaßen hatten auch die übrigen Dienstleistungsbereiche wieder eine Steigerung ihrer Wirtschaftsleistung aufzuweisen. Allerdings erzielten die sogenannten **Unternehmensdienstleister** (einschließlich Grundstückswesen und Vermietung) im Jahr 2002 mit 1,5% nur einen relativ bescheidenen Zuwachs. Auf lange Sicht, und speziell in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde ein sehr viel höheres Wachstum erzielt, so dass sich die Bruttowertschöpfung seit 1991 um beachtliche 55,9% erhöhte. Eine leichte Ausweitung ihrer Wirtschaftskraft konnten auch die **öffentlichen und privaten Dienstleister** für sich in Anspruch nehmen. Ähnlich wie 2001 erreichte die reale Zuwachsrates im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr 2,0%, seit 1991 waren es 31,6%. Dämpfend wirkte sich hier vor allem die restriktive Haushaltspolitik der öffentlichen Hand aus. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der öffentlichen Verwaltung, deren Hauptbestandteil sich in den geleisteten Personalausgaben wiederfindet, hat sich seit den frühen 90er Jahren – von geringfügigen Schwankungen abgesehen – kaum verändert.

Fasst man sämtliche Dienstleistungsbereiche zum sogenannten tertiären Sektor zusammen, so zeigt sich, dass im Zeitablauf eine ständige Verlagerung wirtschaftlicher Aktivität in diesem Sektor erfolgte. 1991 wurden bereits 62,3% der gesamten Wirtschaftsleistung Bayerns im tertiären Sektor erbracht, 2002 waren es 69,4%. Bundesweit war die Entwicklung sehr ähnlich (1991: 63,7%, 2002: 70,8%). Der Zuwachs an Bruttowertschöpfung war bundesweit auch absolut betrachtet im tertiären Sektor größer als in der Gesamtwirtschaft (339,4 ggü. 320,8 Mrd. Euro). Ohne den Dienstleistungssektor wäre die

deutsche Wirtschaft also in den letzten elf Jahren geschrumpft. In Bayern entfiel auf den tertiären Sektor ein Plus von 66,2 Mrd. Euro, gegenüber 67,9 Mrd. Euro in der Gesamtwirtschaft. Das heißt, dass im Freistaat, wo das Wachstum des tertiären Sektors prozentual sogar noch stärker als im gesamten Bundesgebiet ausfiel (39,5 ggü. 33,3%), auch für die anderen Sektoren noch ein (wenngleich bescheidener) Wachstumsbeitrag verblieb. Angesichts der Tatsache, dass das Verarbeitende Gewerbe gewissermaßen als Nährboden auch für unternehmensbezogene Dienstleistungen anzusehen ist, erscheint dieser Sachverhalt von zentraler Bedeutung für die Fortsetzung der überdurchschnittlich günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Bayern.

Dr. Franz Kohlhuber

- 1) Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem alle Statistischen Landesämter angehören, führte bereits Anfang Februar eine erste Berechnung des Wirtschaftswachstums in den deutschen Bundesländern durch, welche allerdings noch auf einer Auswertung statistischer Daten des Zeitraumes Januar bis Oktober basierte und somit als Hochrechnung für das gesamte Jahr zu verstehen war. Der inzwischen vorgelegten zweiten Berechnung liegen nunmehr vollständige Jahresdaten sowie auch sektoral eine breitere statistische Datenbasis zugrunde.
- 2) 1991 war das erste volle „Statistik-Jahr“ nach der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990. Da ab diesem Zeitpunkt nur noch Zahlen für Berlin insgesamt existieren, werden im folgenden die beiden Teilgebiete Deutschlands jeweils ohne Berlin-West bzw. Berlin-Ost verstanden.
- 3) Die Zahlen für Gesamtdeutschland sind aufgrund der Sonderentwicklung in den neuen Ländern im Anschluss an die Wiedervereinigung hier nur bedingt vergleichbar.
- 4) Entsprechend den gültigen Einkommensgrenzen für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und deren Relation zu den Durchschnittseinkommen der Vollzeitbeschäftigten kann eine grobe Abschätzung dahingehend erfolgen, dass die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse nur mit etwa 1/8 eines vollen Arbeitsplatzes ins Gewicht fallen. Das Bruttoinlandsprodukt je rechnerischen „Vollzeit-Erwerbstätigen“ hätte sich so gesehen in Deutschland um über 6% stärker erhöht als in Bezug zur Gesamtzahl aller Erwerbstätigen (in Bayern um rund 4%). Der seit vielen Jahren bereits bestehende Trend zur Arbeitszeitverkürzung bzw. zur Teilzeitbeschäftigung im hergebrachten Sinn ist in dieser Abschätzung noch nicht berücksichtigt. Er würde die Diskrepanz noch etwas vergrößern, gemessen am Effekt der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse allerdings nur marginal.
- 5) Gemessen anhand des Verbraucherpreisindex für Deutschland. Der Anstieg betrug 1991 bis 2002 in Bayern: 24,0%, in Deutschland: 24,5%.

Der Ü-Koeffizient

Einführung einer vielseitig verwendbaren Maßzahl, die den Grad der Übereinstimmung von Häufigkeitsverteilungen misst

Mit diesem Aufsatz wird eine neue Maßzahl „Ü“ (Ü-Koeffizient) eingeführt, die den Grad der Übereinstimmung von Häufigkeitsverteilungen misst. Der Ü-Koeffizient ist

1. *mathematisch unkompliziert (zu seiner Definition werden als mathematische Operationen nur Summen und Minima benötigt),*
2. *anschaulich interpretierbar (nämlich als ein Flächenanteil),*
3. *und vielseitig verwendbar für sachliche, regionale und zeitliche Analysen.*

Der Schwerpunkt des vorliegenden Aufsatzes liegt darin, den dritten Punkt herauszuarbeiten. Dazu werden fünf Beispiele aus den verschiedensten Bereichen der Statistik diskutiert.

1. Einleitung

Viele statistische Daten liegen in Form von Häufigkeitsverteilungen vor. Als drei typische Beispiele seien genannt:

1. Altersaufbau der Bevölkerung nach Geschlecht und 5-Jahres-Altersgruppen untergliedert,
2. Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe nach Betriebsgrößenklassen sowie
3. Umsatzzahlen nach einer bestimmten Wirtschaftssystematik untergliedert.

Bei statistischen Vergleichen, seien sie nun zeitlicher, regionaler oder sachlicher Art, hat man es somit sehr oft mit Vergleichen von Häufigkeitsverteilungen zu tun. Dabei ist es in vielen Fällen wichtig, zwei Häufigkeitsverteilungen auf ihre „Ähnlichkeit“ hin zu beurteilen. Beim Altersaufbau der Bevölkerung könnten sich z.B. folgende Fragestellungen ergeben:

- „Wie *ähnlich* ist der Altersaufbau gegenüber dem Altersaufbau von vor 10 Jahren?“ (zeitliche Fragestellung),